

Macherinnen – Über die Arbeit von Frauenprojekten, die bewegen.

Evrin Sommer unterwegs in Berliner Frauenprojekten

Wertvolle Jahre in der Warteschleife

Von Ina Krauß

Seit Juni 2011 ist Evrim Sommer, frauenpolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke im Berliner Abgeordnetenhaus, auf dem Wege zu Macherinnen aus Berliner Frauenprojekten, um mehr über deren engagierte Arbeit, aber auch Sorgen und Nöte zu erfahren. Lange verabredet war für November 2012 ein Vor-Ort-Termin bei IN VIA, der Beratungsstelle für Frauen, die von Menschenhandel betroffen sind, und dieser Termin ist gut gewählt. Denn dem Berliner Abgeordnetenhaus liegt auf Initiative der Fraktion Die Linke ein Entschließungsantrag "Gegen Gewalt an Frauen - Bleiberecht für Opfer von Menschenhandel" vor.

Und genau hier sind die Berührungspunkte zwischen den Macherinnen von IN VIA und der Frauenpolitikerin Evrim Sommer. "Gewalt gegen Frauen und deren Ausbeutung durch Menschenhandel ist ein Angriff auf weibliche Selbstbestimmung und unter keinen Umständen hinnehmbar", sagt Evrim Sommer und versichert die politischen Kräfte aus allen Parteien im Berliner Abgeordnetenhaus zu mobilisieren, um diesen Entschließungsantrag für Berlin durchzusetzen. Dass bei diesem Thema, dem Kampf gegen Frauengewalt und der Durchsetzung eines Opferschutzes, Oppositionsparteien wie Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen und Piratenpartei sich bereits einig sind und sie auch schon die frauenpolitischen Sprecherinnen von SPD- und CDU-Fraktion auf ihrer Seite habe, stimme sie optimistisch. Sommer wolle um jede Stimme aus allen Parteien ringen, den Entschließungsantrag parlamentarisch durchzubringen. "Es wäre ein wichtiges Signal für die Auseinandersetzungen auf Bundesebene zum Bleiberecht und zum Opferschutz, wenn alle Fraktionen des Berliner Abgeordnetenhauses dieses Anliegen unterstützen würden."

IN VIA-Vereinsvorsitzende Gabriele Pollert, ihre Geschäftsführerin und die anwesenden Beratungsstellenmitarbeiterinnen hören dies gerne, zumal diese wirklich jede politische Unterstützung und insbesondere klare rechtliche Regeln für ihre Ratsuchenden brauchen können.

In ihrem Alltag leisten die Beraterinnen von IN VIA engagierte, emotional und psychosozial höchsten Anforderungen unterliegende Arbeit. Sie kennen Sozialgesetze und Aufenthaltsbestimmungsrecht, Opferschutz und Arbeitsrecht, sind erfahren im Umgang mit Traumata und mit Diskriminierungen der Frauen, die bei ihnen Schutz suchen. "Wenn eine Frau bei IN VIA Rat sucht, hat sie eine Tortur hinter sich", sagt Barbara Eritt von der Beratungsstelle. IN VIA kümmert sich dann um die ersten Schritte in ein neues soziales Leben, vermittelt Unterkunft im Frauenhaus und Zufluchtwohnungen, sorgt für polizeiliches Geleit und Begleitung zu Gericht, vermittelt auf Wunsch Rechtsbeistand und Nebenklagemöglichkeit und versucht so gut wie möglich die belastende Situation zu entlasten.

Zwei betroffene Frauen sitzen an diesem Novemberabend Evrim Sommer gegenüber. Valentina und Valerie, die eine gebürtig in einem osteuropäischen Land, die andere in der dritten Welt. Jung sind sie, nicht blutjung, und voller Wünsche, so

wie Frauen ihres Alters sind. Doch ihren Augen fehlt der Glanz. Was sie aus ihrem Leben erzählen, was Valentina und Valerie als Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution erlebt haben, ist unerträglich, macht fassungslos. Dass mitten im Erzählfluss die Stimme bebzt, dass der Satz abbricht und Tränen herausbrechen, ist angesichts der peinigenden Erinnerungen und der erlebten Gewalt nicht überraschend. Ohne Hilfe von IN VIA sei niemals Normalität für ihr Leben möglich geworden, sagt Valentina. "Hier kann ich kommen, kann weinen und schreien, und irgendwann kann ich wieder gehen." Barbara Eritt weist auf die ungeheure Einsamkeit der Frauen hin. "Sie können sich niemand anvertrauen, unsere Beratungsstelle ist eine der wenigen Stellen, wo die Frauen reden." Wenn sie denn den Weg zu IN VIA überhaupt kennen oder gefunden haben.

Obwohl sie sich aus den Fängen ihrer Peiniger befreien konnten und den deutschen Ermittlungsbehörden im Kampf gegen Menschenhandel und Organisierte Kriminalität wichtige Aussagen liefern, ist ihre Rechtslage als Opfer sexualisierter Gewalt hochgradig instabil. Nur solange das Verfahren läuft, um Täterinnen und Täter dingfest zu machen, erhalten sie ein davon abhängiges Aufenthaltsrecht.

Zukunftsplanung ist nicht möglich, denn ihr Aufenthaltsrecht wird bislang immer nur für kurze Intervalle befristet. Wegen des befristeten Aufenthaltsrechts so können die Betroffenen keine Mietverträge abschließen. Ihnen bleibt der Zugang zum Ausbildungsmarkt verschlossen. Sprachkurse werden nicht übernommen, Integration wird so zur hohlen Phrase. Als Gewaltopfer bräuchten sie dringend wirkungsvolle Therapien, doch ihnen steht überhaupt nur eine medizinische Notversorgung zu. "Ich sitze und warte. Das ist kein Leben", sagt Valerie traurig. Und weiß, dass sie trotz ihres Mutes, gegen Menschenhändler ausgesagt zu haben, ein weiteres Mal Opfer ist.

"Was man diesen Frauen zumutet!", sagt Anne Dietrich-Tillmann, Geschäftsführerin von IN VIA. Einerseits sei die Polizei und der Staat daran interessiert, Täter und Täterinnen zu finden und gegen sie vorzugehen. "Andererseits unterstützt man sie nicht ausreichend." Wie soll es da gelingen, den Kreislauf von Gewalt zu durchbrechen?

"Wir helfen diesen Frauen mit allen uns verfügbaren Möglichkeiten, aber wichtiger ist, dass diese Problematik viel stärker ins politische Bewusstsein dringt", so Barbara Eritt von der Berliner Beratungsstelle. Die Forderungen, die für alle Betroffenen gleich geregelt werden müssten, sind eindeutig. In Prozessen gegen Täter und Täterinnen müssen Videoaussagen zugelassen werden, um die Opfer zu schützen; unabhängig von ihrer Aussagebereitschaft vor Gericht solle den Opfern sofort eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis gewährt werden; sofortiger Zugang zu qualifizierter medizinischer Betreuung, uneingeschränkter Zugang zum Arbeitsmarkt, zu Bildungs- und Integrationsangeboten. Sie brauchen juristischen Bestand, ihre Rechte auf Wiedergutmachung in Deutschland durchsetzen zu können.

Dass sich Valerie und Valentina aus der Gewalt und den Strukturen des Menschenhandels befreien konnten und bereit waren, ein hohes persönliches Risiko einzugehen, indem sie gegen Täterinnen und Täter aussagten, ist ihrer Energie und ihrer Wut zu verdanken. "Ich wollte, dass es anderen nicht so wie mir ergeht." Barbara Eritt bestätigt, dass sich Valentina immer wieder Gedanken mache, was aus den anderen Mädchen geworden sei, die wie sie in den Fängen der Organisierten

Kriminalität gelandet waren. Die junge Frau lebt inzwischen länger als sechs Jahre noch immer ohne sicheren Status in Deutschland, ohne Gewissheit, hier bleiben zu können und endlich an Zukunft denken zu können. "Ich bewundere Ihren Mut und Ihr Durchhaltevermögen", sagt Evrim Sommer, denn "es sind wertvolle Jahre, die Sie in einer Warteschleife verlieren."

IN VIA heißt "auf dem Wege". Seinen Ursprung hatte der Verein für katholische Mädchensozialarbeit in jenen Jahren Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts, als junge weibliche Arbeitskräfte vom Lande in die Städte strömten, um dort Arbeit zu finden und häufig in die Fänge von Männern gerieten, die sich ihrer Arbeitskraft als Prostituierte bedienten. Aus den Helferinnen der Bahnhofsmissionen von damals entwickelte sich eine Bewegung, die sich dem Schutz der Frauen vor Ausbeutung und der Hilfe zu einem selbstbestimmten Leben, verschrieben haben. Als vor mehr als 100 Jahren von engagierten Frauen IN VIA gegründet wurde, wäre wohl niemand ernsthaft auf die Idee gekommen, dass im November 2012 überhaupt kein Anlass besteht, ihre Arbeit für überflüssig zu halten oder zu vernachlässigen.

Evrin Sommer verspricht, das Thema Bleiberecht und Opferschutz der Frauen laut zu halten. "Wir werden Druck machen und verbindliche Regelungen zu forcieren." Und weil nur noch wenige Tage bis zur Entschließung im Berliner Abgeordnetenhaus verbleiben, verspricht auch IN VIA-Vereinsvorsitzende Gabriele Pollert, ihre politischen Beziehungen Kontakte in die Berliner CDU zu nutzen, um auch dort für die Dringlichkeit des Antrages und seine Beschlussfassung zu werben.

Das Thema bleibt auf dem Wege. Die Macherinnen von IN VIA und ihre Klientinnen erwarten das.